

Online-Glücksspiel: EU stellt Verfahren ein – Handlungsauftrag für Österreich

Die Europäische Kommission teilte heute mit, anhängige Vertragsverletzungsverfahren zum Online-Glücksspiel und die Behandlung einschlägiger Beschwerden einzustellen. Begründet wird dies mit den Bemühungen der Mitgliedstaaten, ihre jeweiligen Rechtsrahmen für Online-Glücksspiel zu modernisieren. Für die neue österreichische Regierung ist das ein klarer Auftrag zu handeln.

In ihrer [heutigen Pressemitteilung](#) erklärte die Europäische Kommission die vorläufige Einstellung sämtlicher Verfahren zum Online-Glücksspiel. Von Seiten der Kommission wird dieser Schritt mit den Bemühungen der Mitgliedstaaten begründet, ihre Rechtsrahmen zu modernisieren. Das bedeutet aber nicht, dass keine unionsrechtlichen Bedenken gegen die mitgliedstaatlichen Gesetze zum Online-Glücksspiel bestehen. Vielmehr legt die EU-Kommission den Beschwerdeführern in ihrer Pressemitteilung vom 7. Dezember nahe, „*nationale Rechtsmittel zu nutzen, wenn sie sich Problemen mit dem einschlägigen EU-Recht gegenübersehen*“.

Branchenvertreter sehen diese Entwicklung kritisch: „*Die EU-Kommission ist als ‚Hüterin der Verträge‘ verpflichtet, die Einhaltung des Unionsrechts in den Mitgliedstaaten zu überwachen. Dies muss auch im Glücksspielsektor weiterhin der Fall sein. Die Kommission ist daher gefordert, ihre Haltung rasch zu revidieren, um nicht massiv an Ansehen und Glaubwürdigkeit zu verlieren*“, so Claus Retschitzegger, Präsident der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG). Mehr als 30 Entscheidungen wurden zu Online-Glücksspiel bereits erlassen, einige Fälle sind derzeit anhängig. Auch die Bestimmungen des österreichischen Glücksspielgesetzes waren bereits mehrfach Verfahrensgegenstand vor dem EuGH.

Politik säumig, Auftrag an neue Regierung

Durch den Beschluss der Europäischen Kommission liegt nun für Raffaella Zillner, Generalsekretärin der OVWG, der Ball bei den nationalen Regierungen: „*Online-Glücksspiel ist ein schnell wachsender Markt. Wir brauchen in Österreich einen neuen unionsrechts- und marktkonformen Rechtsrahmen auf regulatorischer und steuerlicher Ebene.*“ In den Regierungsprogrammen aus den Jahren 2008 und 2013 finden sich bereits Vorhaben für eine Modernisierung des Rechtsrahmens, bislang aber ohne legislative Ergebnisse. „*Eine neue Regierung ist hier klar aufgerufen, der derzeitigen Rechtsunsicherheit entgegenzuwirken*“, so Zillner vom Branchenverband OVWG.

Auswirkungen begrenzt

Auf zukünftige glücksspielrechtliche Verfahren in Österreich hat die aktuelle Entscheidung der Europäischen Kommission keine Auswirkungen. Weiterhin dürfen nationale Bestimmungen nicht

angewendet werden, wenn sie dem Unionsrecht widersprechen. Bestehende Unklarheiten bei der Auslegung des Unionsrechts sind auch künftig dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Vorabentscheidung vorzulegen. Zudem können Verstöße gegen das Unionsrecht auch weiterhin zu Vertragsverletzungsverfahren führen.

Über die OVGW

Die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG) ist die inländische Interessenvertretung von in der EU lizenzierten Anbietern von Online-Wetten und Online-Glücksspielen. Die OVWG und ihre Mitglieder setzen sich in Österreich für die Schaffung eines unionsrechts- und marktkonformen Rechtsrahmens für den Online-Bereich ein, in dem Rechtssicherheit herrscht und ein hohes Maß an Spielerschutz sichergestellt wird.

Ansprechperson:

Mag. Raffaella Zillner

Generalsekretärin OVWG

T: 0043 660 4327435

E: raffaella.zillner@ovwg.at

www.ovwg.at

communication matters

Kollmann & Hemmer GmbH

Kolschitzkygasse 15/14 1040 Wien

Austria

+43/1/503 23 03

office@comma.at

Impressum

[Vom Newsletter abmelden](#)

[Einstellungen](#)

[Newsletter weiterleiten](#)

